



Pressemitteilung

„Erfreuliches Signal, aber kein Grund zur Entwarnung“

Rektor der Universität Tübingen reagiert verhalten auf Ankündigung der Landesregierung zur Hochschulfinanzierung – Aktionstag am 21. Mai

Dr. Karl Guido Rijkhoek
Leiter

Antje Karbe
Pressereferentin

Telefon +49 7071 29-76788
+49 7071 29-76789

Telefax +49 7071 29-5566
karl.rijkhoek[at]uni-tuebingen.de
antje.karbe[at]uni-tuebingen.de

www.uni-tuebingen.de/aktuell

Tübingen, den 16.05.2014

Der Rektor der Universität Tübingen, Professor Bernd Engler, hat verhalten auf die Ankündigung der Landesregierung reagiert, die Grundfinanzierung der Hochschulen substanziell zu verbessern. „Die gemeinsame Erklärung von Finanz- und Wissenschaftsministerium ist ein erstes Zeichen des Umdenkens, mehr bislang aber noch nicht.“ Die Landesregierung sei nun gefordert, überzeugend darzulegen, dass die Universitäten auf reale Zuwächse in den kommenden Jahren bauen könnten: „Wir brauchen unter dem Strich mehr Geld“, betonte Engler. Er könne nur hoffen, dass sich die jetzige Regierung nicht einer Form des Schönrechnens bediene, um die Universitäten ruhig zu stellen.

Die versprochene signifikante Erhöhung der Grundfinanzierung könne rein rechnerisch schon dadurch erreicht werden, dass Mittel aus aktuellen Sonderprogrammen (etwa Ausbauplanung 2012 und Masterprogramm 2016) in die Grundfinanzierung verlagert würden, sagte der Rektor der Universität Tübingen. Mit einer derart geänderten Buchungstechnik hätten die Universitäten real keinen Cent mehr im Budget. Die Mittel, die dann als Erhöhung deklariert werden könnten, seien durch den dramatischen Anstieg der Studierendenzahlen längst verbraucht und würden die Not der Universitäten nicht im Geringsten lindern. Gleiches gelte für die so genannten Qualitätssicherungsmittel, die von der Landesregierung als Ersatz für die Studiengebühren eingeführt wurden. „Auch hier gilt: wenn diese Mittel in die Grundfinanzierung überführt würden, stünde unter dem Strich nicht mehr Geld zur Verfügung.“

Schon der Ende dieses Jahres auslaufende Solidarpakt II habe sich für die Universitäten als veritable Mogelpackung erwiesen, sagte Engler: „Während alle anderen Hochschularten signifikante reale Zugewinne zu verzeichnen hatten, verloren die Universitäten beträchtliche Summen.“ Sie erhielten keinerlei Ausgleich für die dramatisch gestiegenen Energie-

und Gebäudebewirtschaftungskosten – in Tübingen allein Zusatzkosten in Höhe von 12,8 Millionen Euro. Diese Kosten müssten nun unbedingt ausgeglichen werden. Zudem seien die Universitäten mehr und mehr für die Finanzierung von Bau- und Sanierungsmaßnahmen an ihren Standorten herangezogen worden.

Der von den Universitäten geplante Informations- und Protesttag am kommenden Mittwoch sei auch nach der Erklärung der Landesregierung vom Donnerstag keineswegs überflüssig, sondern bitter nötig, um zu unterstreichen, dass sich die Universitäten allein mit einer realen, nicht aber mit einer fiktiven Erhöhung der Mittel zufrieden geben werden, sagte Engler abschließend.

Im Rahmen des Aktionstags laden die Studierenden der Universität Tübingen zu einer **24-Stunden-Vorlesung** im Kupferbau (Hölderlinstraße 5) ein: Im Hörsaal 22 startet schon am **Dienstag, 20. Mai, 18 Uhr** „Tübingens längste Vorlesung gegen Kürzungszwang“.

Unter dem Motto „Weiter sparen heißt schließen“ findet am **Mittwoch, den 21. Mai um 15.00 Uhr** vor der **Neuen Aula** (Geschwister-Scholl-Platz) auf Einladung des Rektorats eine öffentliche **Informationsveranstaltung** zur Hochschulfinanzierung statt.

Studierendenvertreter haben zeitgleich zu einer studentischen Vollversammlung aufgerufen, die ebenfalls vor der Neuen Aula stattfinden wird. Im Anschluss daran haben die Studierenden zu einer **Demonstration durch die Tübinger Innenstadt** aufgerufen.

Der Aktionstag endet am 21. Mai **ab 21.00 Uhr** mit einer **Studierendenparty** im Kupferbau.

Kontakt:

Dr. Karl Guido Rijkhoek
Universität Tübingen
Hochschulkommunikation
Tel.: 07071/29-76788
Email: karl.rijkhoek@uni-tuebingen.de